Protokoll des Unabhängigen Monitoringausschusses
Sitzung am Dienstag, dem 17. Juni 2025
14:00 bis 16:30 Uhr

online (Teams)

Anwesenheit

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreter*innen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Hauptmitglieder: Michaela Lödler, Silvia Oechsner (stimmberechtigt)

Ersatzmitglieder: Oswald Föllerer, Felix Steigmann

Vertreter*innen Wissenschaftliche Lehre:

Hauptmitglied: Katta Spiel (stimmberechtigt)

Ersatzmitglied: Tobias Buchner

Vertreter*innen NGO EZA/Humanitäre Hilfe:

Julia Moser (stimmberechtigt)

Vertreter*innen NGO Menschenrechte:

Hauptmitglied: Theresa Hammer (stimmberechtigt)

In unterstützender Funktion / mit beratender Stimme:

BMASGPK:
Celine Geisen-Mayerl, Martina Seiter

Büro:
Christina Wurzinger, Nina Eckstein, Eva Rottensteiner, Elis Eder

Entschuldigt:

Anna Scheithauer, Daniela Rammel, Marlene Krubner
Oana Iusco, Michaela Joch, Sebastian Öhner

Stefanie Lagger-Zach, Em Gruber

Mitschrift

1. Begrüßung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmenden.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Genehmigung der Tagesordnung

Der Ausschuss genehmigt die Tagesordnung einstimmig.

4. Beschluss der Sitzungs-Mitschrift (Protokoll)

Der Ausschuss beschließt die Mitschrift der Sitzung am 7. Mai 2025 mit einer Änderung:
Es gibt 3 Millionen Euro und nicht 300 Millionen für heilpädagogische Gruppen.
Das Büro bessert den Fehler aus.

5. Berichte der Ausschuss-Mitglieder (Diskussion)

Aktuelle Entwicklungen im Behindertenbereich

- **Austausch NAP-Maßnahmen Krisenmanagement (Nr. 47ff. im NAP)**

Anna Scheithauer und Stefanie Lagger-Zach sind entschuldigt.
Die Ausschussmitglieder bekommen auf Anfrage mehr Infos zum Austausch.

- **Budgetkürzungen in der Steiermark, Gewalt im Schulbereich**

Der Ausschuss spricht über die Budgetkürzungen im Land Steiermark und den Anschlag in einer Schule in Graz.

Das Land Steiermark will auch bei der Gewaltprävention kürzen.
In Graz gibt es für 5000 Kinder eine Vollzeitstelle im Bereich Schulpsychologie.
Der Ausschuss spricht über die Wichtigkeit von psychosozialer Versorgung für Kinder und Jugendliche.
Der Bund will mehr Geld in dem Bereich ausgeben. Genaue Zahlen gibt es noch nicht.
Gerade Schüler*innen mit Behinderungen sind stark von Mobbing betroffen.
Es gibt zu wenige behinderungssensible Angeboten, die Kinder und Jugendliche stärken.

Der Ausschuss nimmt das Thema psychosoziale Versorgung für den Antrittsbesuch bei Bundesminister Wiederkehr mit.
Bei der Öffentlichen Sitzung in Graz ist die psychosoziale Versorgung auch Thema.

- **Österreichische Gebärdensprache (ÖGS) als Schulfach**

Der ÖGS-Lehrplan tritt ab nächstem Schuljahr in Kraft.
Die Schüler*innen können dann ÖGS als Wahlpflichtfach wählen.
Es gibt aber nicht genug Lehrpersonal und Geld.
Es braucht gezielte Programme für die Ausbildung der Lehrkräfte und
Geld für den Start und den laufenden Betrieb.

- **Förderrichtlinien mit heilpädagogischen Gruppen**

Die Kommission Inklusion und Barrierefreiheit im
Kommunalen Investitions-Programm (KIP) bespricht das Thema.
Ein Mitglied des Ausschusses ist in einer anderen Rolle dabei und
dazu mit der Wiener Monitoringstelle im Austausch.

6. Entwicklungen im Erwachsenenschutzrecht

Im Sommer 2024 hatte die Regierung die Idee, das Erwachsenenschutzrecht zu verschärfen. Dazu gab es sehr viel Kritik.
Im Justizministerium wurde daraufhin eine Arbeitsgruppe Legistik (AG) eingerichtet
Mehrere Ausschussmitglieder waren Mitglieder.
Diese AG wurde im Frühjahr 2025 gestoppt.

Mit dem Budgetbegleitgesetz 2025 wurden – ohne Vorwarnung - Änderungen des Erwachsenenschutzes eingebracht:

1. Verlängerung der gerichtlichen Erwachsenenvertretung von 3 auf 5 Jahre
2. Abschwächung der Kontrolle bei Erneuerung („Clearing“ soll entfallen)
3. Anwält*innen und Notar*innen können zur Vertretung gezwungen werden.

Dies widerspricht der UN-BRK (Artikel 4 Absatz 3, Artikel 12 und Artikel 1).
Die Änderung ist ein klaren Verstoß gegen das Verschlechterungsverbot.

Das Gesetz mit den Verschlechterungen soll am 18. Juni im Parlament beschlossen werden und gilt dann ab 1. Juli 2025.

Der UMA hat eine **Empfehlung** geschrieben. Die Empfehlung ging an:

- das Präsidium des Nationalrates
- die Bereichssprecher*innen für Menschen mit Behinderungen
- den Budgetausschuss
- die Justizministerin Sporrer

Am 13. Juni gab es eine **Pressekonferenz** zum Thema gemeinsam mit dem Behindertenrat und der Volksanwaltschaft.
Das Ziel ist: Die Änderungen sollen zurückgenommen werden und die Arbeitsgruppe soll weitergehen.

Das Vorsitzteam bespricht die weitere Vorgehensweise.

7. Berichte zu Terminen (Information)

- **20. Mai: Nationaler Aktionsplan Gewaltschutz - Auftaktveranstaltung**

Am 20. Mai fand die Auftaktveranstaltung zu Erstellung eines Nationalen Aktionsplans (NAP) Gewaltschutz im Frauenministerium statt.

Das Frauenministerium hat 8 verschiedene Arbeitsgruppen festgelegt.
In den AGs haben die Teilnehmenden Themen für den NAP gesammelt.
Im Sommer wird es weitere Termine für die Arbeitsgruppen geben.

Nina Eckstein war für den UMA dabei.
Sie hat gemeinsam mit anderen verstärkt die Anliegen von Frauen mit Behinderungen eingebracht.
Die Veranstaltung war nicht barrierefrei.

- **23. Mai: Nationaler Aktionsplan Behinderung Begleitgruppe**

Julia Moser hat für den UMA teilgenommen.
Die Sozialministerin hat den Schwerpunkt auf psychosoziale Gesundheit gelegt. Es wird eine weitere Arbeitsgruppe geben.
Die Bundesländer haben nichts berichtet, was der Umsetzung der UN-BRK dient.

- **26. Mai: Vernetzungstreffen der Länder-Monitoringstellen**

Silvia Oechsner hat für den UMA in Salzburg teilgenommen.
Ein wichtiges Thema war De-Institutionalisierung:
Kein Bundesland hat dazu einen konkreten Plan. In einigen gibt es Rückschritte.
Wie in der Steiermark will auch Kärnten wieder Sonderschulen ausbauen.
Die MAs Salzburg und Kärnten haben das Schwerpunkt-Thema inklusive Bildung.

- **27. Mai: Austausch mit dem Grünen Behindertensprecher Ralph Schallmeiner**

Ralph Schallmeiner war mit Referentin Marlies Neumüller im UMA Büro.
Julia Moser und Daniela Rammel haben unter anderem mit ihnen besprochen:

- Budget und Ausgleichstaxenfonds (ATF)
- Planstellen für Menschen mit Behinderungen
  Der Bund erreicht die Quote für die Einstellungen von MmB nicht.
  Die Job-Ausschreibungen sollen anti-ableistisch gemacht werden.
- Die Studie und der Bericht über den Zugang zur Gesundheitsversorgung.

- **28. Mai: Bewertungskommission NAP Evaluierung**

Stefanie Lagger-Zach hat teilgenommen.
Die Vergabe der Evaluierung für den NAP erfolgt bald.

- **3. Juni: Sitzung zum Projekt Optimierung Gesundheitsversorgung**

Das Sozialministerium hat die **Gesundheit Österreich GmbH (GÖG)** mit einem Projekt zur **Optimierung der Gesundheitsversorgung von MmB** beauftragt.
In der Sitzung wurde das Projekt und die ersten Inhalte präsentiert.
Ziel ist ein Maßnahmenkatalog. Die Maßnahmen aus dem NAP werden vertieft.
Daniela Rammel und Nina Eckstein haben für den UMA teilgenommen.
Im November gibt es einen neuen Termin.

Der Ausschuss bespricht die Unterschiede von Gesundheitsbericht und Projekt Optimierung der Gesundheitsversorgung.
Für den Gesundheitsbericht soll es einen partizipativen Projektrat geben.

- **Treffen der ÖBR-Kompetenzteams**

Die ÖBR Kompetenzteams Bildung (3. Juni), Digitalisierung (28. Mai)
und Frauen mit Behinderung (27. Mai) haben sich getroffen.
Katta Spiel berichtet zum Kompetenzteam Digitalisierung:
Der OeAD ist die zuständige Kompetenzstelle.
Es gibt Workshops, auch für Menschen mit Lernschwierigkeiten.
Die Amtswege sollen digitalisiert werden, aber es soll auch immer eine andere Möglichkeit geben. Es ist wichtig, dass ÖBR und UMA da dabei sind.
Menschen mit Behinderungen werden von Künstlicher Intelligenz (KI) nicht als Norm angesehen und daher nicht berücksichtigt.

- **5. Juni: Austauschtreffen zu Ausgleichtaxenfonds (ATF) mit Sozialministerium und Behindertenanwältin**

Das Büro hat sich mit Alexander Miklautz, Behindertenanwältin Christine Steger und Florian Slansky zur Entwicklung des ATF ausgetauscht.
Stefanie Lagger-Zach und Christina Wurzinger waren dabei.
Es wird weniger Geld im ATF geben.
Das Budget soll um einige Millionen stufenweise weniger werden.
Das Sozialministerium überlegt, wo es einsparen kann, und befragt Organisationen dazu. Bei der ATF-Beiratssitzung am 24. Juni wird ein Fahrplan vorgestellt.

- **12. Juni: Austausch mit Sektionschef Martin Zach**

Julia Moser und Christina Wurzinger haben mit Martin Zach das Mandat des Monitoringausschusses besprochen:
Was ist die Rolle des Ausschusses im Unterschied zu Interessensvertretungen? Wie muss der Ausschuss eingebunden sein, um die Aufgaben als Überwachungsorgan zu erfüllen?
Treffen mit dem Sektionschef sind einmal im Quartal geplant (4 mal im Jahr).

- **12. Juni: Besprechung mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft**

  Ziel der Besprechung: Die Rechte von Kindern mit Behinderung stärken und das Zusammendenken von UN-BRK und UN-Kinderrechtskonvention in Österreich verbessern. Mehr Informationen gibt es auf Nachfrage.

Vorschau:

- Am 2. Juli findet der **Antrittsbesuch** bei der **Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung Eva-Maria Holzleitner** statt.
  (Der Termin wurde auf 6. August verschoben).

  Auch die Situation von behinderten Personen, die an Universitäten forschen wollen, soll Thema sein: Derzeit müssen Institute, die Menschen mit Behinderungen in Forschungsprojekten anstellen, das Geld für die Unterstützung selbst aufbringen.

- Am 3. Juli gibt es einen Termin mit dem Kabinett von **Anna Sporrer, Bundesministerin für Justiz**.

- Am 16. September findet der Antrittsbesuch beim **Bundesminister für Bildung, Christoph Wiederkehr** statt. (wurde auf 24. September verschoben).

- Am 16. und 17. September findet eine Veranstaltung in Bratislava vom **Slowakischen Monitoringausschuss** statt:
  Sie feiern die 15-Jährige Unterzeichnung der UN-BRK in der Slowakei.
  Julia Moser und Christina Wurzinger nehmen teil.
  Julia Moser wird einen kurzen Vortrag halten.

8. Berichte zu laufenden Arbeiten (Information, Diskussion)

Öffentlichkeitsarbeit:

- **Pressekonferenz**: 13. Juni zu Änderungen im **Erwachsenenschutz.**
  Sie fand gemeinsam mit dem ÖBR und der Volksanwaltschaft statt.
  Viele Personen waren online dabei.
  Eva Rottensteiner schickt einen Überblick zur Pressearbeit

- Eva Rottensteiner berichtet über die Planung der **Öffentlichen Sitzung.**
  Sie findet am **13. Oktober in Graz** statt. Die Terminankündigung ging raus.
  Beteiligte Gruppen sind Gebärdenverse, Jugendbeirat KIJA und Change for the Youth. Katta Spiel weist auf die ÖGLB-Jugendkommission hin.
  Die Einladung soll auch junge Menschen als Publikum ansprechen.

Juristisches:

- **AG Schwangerschaftsabbruch - Austausch mit Prof.in Degener**
  Nina Eckstein berichtet zum Austausch der AG mit Prof.in Degener zum Schwangerschaftsabbruch aufgrund einer (möglichen) Beeinträchtigung sowie über den Spätabbruch und den Kontext zur UN-BRK.

9. Allfälliges

Die öffentliche Sitzung des OÖ Monitoringausschuss findet am 3. Juli 2025 **zum Thema „Grenzen der Digitalisierung– Der Faktor Mensch**“ statt.
Silvia Oechsner nimmt teil.